

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorricht und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontonummer Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehonorar für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 116.

Donnerstag, den 30. September 1926.

19 Jahrgang.

Auf Erden lebt kein Menschenkind,
An dem man keinen Mangel findet.

Paul von Hindenburg.

Der Reichspräsident Feldmarschall Paul von Hindenburg, geboren am 2. Oktober 1847 in Rosen, vollendet jetzt sein 79. Lebensjahr. Der Ruf der Selbsttätigkeit und der strengsten Gewissenhaftigkeit, der dem zweiten deutschen Reichspräsidenten voranging, hat sich während seiner seit dem Frühjahr 1925 dauernden politischen Amtstätigkeit im vollsten Maße bestätigt. Als es sich um die Wahl Hindenburgs zum ersten Beamten der neuen deutschen Republik handelte, schloß es, wie einmütlich sein wird, an Einwendungen nicht. Man wies auf das Alter des betagten Herrn, auf seine mangelnde Vertrautheit mit den politischen Gegebenheiten hin und bezweifelte endlich sogar, ob der Feldmarschall es möglich sei, die gegenwärtigen Staatsformen zu verstehen. Paul von Hindenburg ist jetzt lange genug Reichspräsident gewesen, daß das deutsche Volk erkannt hat, wie viele diese Bedenken unbegründet gewesen sind. Mit seinen 79 Jahren meistert er nicht allein die Aufgaben seiner hohen Würde, sondern kommt auch noch seinen militärischen Pflichten nach. Er hat erst wieder dem großen Mandat der Reichswehr in Württemberg beigewohnt. Als Reichspräsident hat er es verstanden, dem wiederholten Regierungskrisen im Reich mit Entschlossenheit entgegenzutreten und ihren schließlichen Verlauf, der seinen guten Eindruck machte, zu verhindern. Damit ist auch der Bestand des Reiches in der Treue gesichert worden, mit der er bei seinem Amtsantritt den Eid auf die Verfassung von Weimar abgelegt hat.

Mit seinem zielbewußten Willen hat Paul von Hindenburg im letzten Jahre auch auf die Außenpolitik eingewirkt. Der Weg zur Konferenz von Locarno ist von ihm überwacht worden und weiter die Verhandlungen in Genf, die im März und im April letzten Monat stattgefunden haben. Von dem Gespräch von Zürich zwischen Briand und Stresemann und den Tendenzen dieser Unterhaltung hat er Kenntnis genommen und unter seinem Vorbehalt wird vom Reichskabinett das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen werden, wenn der geeignete Zeitpunkt dafür gekommen ist. Die Entscheidung über die Einzelheiten der Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich wird dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung ein besonders hohes Maß von Verantwortlichkeit zumeilen, denn die Entwicklung dieser Angelegenheiten ist für die Zukunft schwer zu übersehen. Wir wissen, daß hier das höchste Maß von Vorsicht gebietet, für dessen Beurteilung eine militärische und politische Autorität, wie diejenige Paul von Hindenburgs, die richtige ist.

So ist der Reichspräsident mit seinen neunundsechzig Jahren vor eine Tätigkeit gestellt, die zu übernehmen für manchen viel jüngeren Mann zu schwierig ist. Deutschland kann von Glück sagen, daß ihm in seinem zweiten Reichspräsidenten ein Mann beschieden worden ist, der zu den Ersten seiner Zeit gehört und der ein volles Verständnis für ihre Mühe und für ihre Leiden hat. Im Kriege hat der Feldmarschall mehr im Fleiß noch im Werten für einen Augenblick seine Angelegenheiten verloren, und auf dem nicht minder wichtigen Gebiet der Politik hat er sich nicht hinreichend betätigen lassen, sondern ist seiner Besonnenheit und klaren Urteilsvermögen gefolgt. Wahrscheinlich der Sieger von Tannenberg kann von sich mit allem Recht sagen, daß sein Leben Mühe und Arbeit gewesen ist, und wir können ihm von Herzen nicht nur weitere Erfolge wünschen, sondern auch wünschen, daß Dank und Anerkennung seine künftigen Tage geleiten.

Feme und Schwarze Reichswehr.

Während die Vollzuginnen des Preussischen Landtags erst am 6. Oktober wieder ihren Anfang nehmen, sind die Ausschüsse schon seit Mitte September an der neuen Feme-Ausschuss, der sich zur Zeit mit der Unterlegung der Vorgänge im Jahre 1923 befaßt. In der letzten öffentlichen Sitzung am Dienstag wurde das

Aussage des Zeugen Schmidt
über die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ unter Verpflanzung einiger von der Reichsregierung beanstandeter Stellen verlesen. Nach Aussage dieses Zeugen hat im Februar 1923 eine Sitzung stattgefunden, in der Lubendorff als Führer der Wehrverbände in Berlin ausgerufen wurde. Diese Verbände hatten verriet auch die Absicht, einen Umsturz vorzubereiten. Weil das nicht innerhalb der legalen Reichswehr ging, mußten die Arbeitskommandos, denen nach Auflösung der Einwohnerverschutz das Einsammeln der Waffen oblag, besonders geführt werden. Sie standen unter der Leitung des Oberleutnants Schultz.

In der Reichswehr habe es, so sagte der Zeuge weiter aus, viele Kreise gegeben, die sich enger an die Verbände anlehnten, weil sie den politischen Umsturz beschleunigen wollten. Die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr seien auf die Kriegskriegsartikel verpflichtet worden, nach deren Verrat mit dem Tode bestraft wird. Den Leuten, die teilweise verurteilt wurden, wurde anheimgestellt, nach ihrem Belieben zu handeln. Man habe ihnen erklärt, wenn sie erwünscht wären, wären sie hin. Eine eigene Gerichtsbarkeit in der Schwarzen Reichswehr sei notwendig geworden, weil Verrat ausgeübt wurde. Die Urteilsvollstreckung habe man auf die eigene Kasse übernehmen müssen. Major Buchender (der Führer des Rührer Fußes, D. Med.) wollte auf legale oder illegale Weise Reichswehrminister an Secklers Stelle werden. Als Zeitpunkt des Vorschlags hatte man den Abbruch des Ruhrwiderstandes gewählt. Da sich die Reichswehrverhältnisse der Vernehmung angeschlossen, aber zurückgingen, hatte Buchender erklärt, daß er jetzt von sich aus handeln wolle. Nach der Aussage Schmidts war von Buchender vorgegeben, daß die Regierung bestraft und die Gewalt der Reichswehr übernommen werden sollte.

Der deutschnationale Abgeordnete Jahnke habe die Zusammenkunft zwischen der Sabotageaktion und der Organisation des Majors Buchender vermittelt. Der Leiter der Schwarzen Reichswehr sei Vertrauensmann des Führers der Sabotage gewesen, der während aus dem Hintergrunde die Sabotage geleitet habe. Der völkische Abgeordnete v. Graefe habe versucht, mit Buchender zusammen zu gehen. Buchender habe weiter eine Art bewaffneter Demonstration veranstaltet, um das Reichswehrministerium zur Übernahme dieser Aufgaben zu bewegen. Der Zeuge hat sich weiter über die eigentliche Femeorganisation dazu geäußert, daß in den Arbeitskommandos der Kriegskriegsartikel gegen Verräter zur Anwendung gelangt seien. Die letzte Unterredung habe in der Hand des Oberleutnants Schultz gelegen. Der Zeuge selbst weiß nur von

fünf oder sechs Todesstrafen.

Die Aussage Schmidts ergibt weiter, daß Oberleutnant Schultz im Gebäude des Landarbeitervereins durch eine Hinterlist getötet war. Der Führer der geplanten Diktatur sollte Kapitän Ehrhardt sein. Man habe jedoch im entscheidenden Augenblick Buchender im Stich gelassen. Bei der Unterredung, in der über das Vorkommnis Bericht gegeben wurde, sei der Landtagsabgeordnete Jahnke zugegen gewesen. Jahnke habe die Nachricht über den ginkigen Zeitpunkt auf Grund seiner Beziehungen zur Wehrbehörde gebracht. Die Erwählung von Severing und Stresemann habe Jahnke sehr gefreut, es hätte mindestens 50 Versprechungen stattgefunden, in denen der Stoff behandelt worden sei. Jahnke sei gerade bei den nachstehenden Versprechungen zugegen gewesen. Der Zeuge selbst hat diesen Versprechungen nicht beigewohnt.

Auf Fragen nach der Haltung der Reichswehr hat der Zeuge ausgeführt, daß in der Reichswehr eine Strömung darauf rechnet, daß sich die Entwicklung im Sinne der nationalen Pläne vollziehen würde, während die andere Strömung auf illegale, revolutionäre Wege früher losgehen wollte. Viele Reichswehrkommandeure seien an der Verwirklichung beteiligt gewesen, jedoch habe General von Seckt nicht hinter den Umsturzplan gestanden. Man habe mit der Notwendigkeit gerechnet, Seckt zu beiseitigen. Damit war die Verlesung der Aussagen des Zeugen Schmidt beendet.

Zu gleicher Zeit tagte auch der Feme-Ausschuss des Reichstags, der sich gegenwärtig vornehmlich mit der Unterlegung der bayerischen Femefälle befaßt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 30. September 1926.
Anlaßlich der internationalen Polizeiveranstaltungen in Berlin fand im preussischen Innenministerium ein Empfang statt, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten der in- und ausländischen Polizeibehörden erschienen.

Die sächsischen Wehrverbände sprachen in einer Erklärung ihr Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen über die Herstellung einer bürgerlichen Einheitsfront gescheitert sind.

Besuch des Reichsjustizministers im Reichsamt. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Bell, besuchte dem Reichsamt einen Besuch ab. In der

Ansprache an die Beamtenschaft wies der Minister auf den bevorstehenden Abschluß der Arbeiten zur Revision des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Gesetzes hin, bei der er sein Augenmerk darauf richten werde, unter möglichst vollkommener Ausgestaltung des Erfinderschutzes den berechtigten Wünschen von Handel und Industrie Rechnung zu tragen.

Augenärztliche Befahungsabteilung. Vor einigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß demnächst 5000 bis 6000 Soldaten das besetzte Gebiet räumen sollten. Diese Zahl dürfte jedoch den tatsächlichen in Aussicht genommenen Räumungsplänen nicht entsprechen. Die Befahungsabteilung beabsichtigt vielmehr, im Laufe der nächsten Woche nur 2500 bis 3000 Mann zurückziehen. Ein Teil der Truppen wird direkt in die französischen Grenzregionen abtransportiert, während es sich bei dem anderen Teil nur um eine Verschiebung handelt.

Ministerpräsident Braun über die deutsch-französische Annäherung. Der preussische Ministerpräsident Braun gewährte dem Außenpolitiker des Matin eine Unterredung. Er betonte hierbei, Frankreich und Deutschland könnten den Frieden Europas sichern, wenn sie eine Politik der Annäherung und der Versöhnung betrieben. Die historische Epoche des gegenseitigen jahrhundertelangen Stachelstehens müsse für immer abgeschlossen sein. Preußen unterstütze die Annäherungspolitik der Reichsregierung mit aller Energie, weil diese Politik die einzige mögliche im Interesse Deutschlands und ganz Europas sei.

Der Oberreichsanwalt zum Fall Diez. Zu der Verhaftung des Dr. Diez in Eberfeld erklärt der Oberreichsanwalt, es sei richtig, daß Dr. Diez verhaftet worden sei, weil gegen ihn der Verdacht bestehe, Landesverrat begangen zu haben. Das Material, auf das dieser Verdacht sich gründe, sei anläßlich einer Hausdurchsuchung bei ihm vorgefunden worden, die im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Justizrat Dr. Claf vorgenommen wurde. Es sei richtig, daß Dr. Diez belastende Angaben in der Untersuchung gegen Dr. Claf gemacht habe. Die Verhaftung des Dr. Diez stehe aber mit der Untersuchung gegen Dr. Claf in keinem Zusammenhang.

Rundschau im Auslande.

Der polnische Senat hat an dem Staatsbor-schlag des Kabinetts Bartel erhebliche Abstriche vorgenommen, wodurch die Regierungskreise erheblich verärgert worden ist. Die Auflösung des Parlaments ist unter diesen Umständen mit aller Bestimmtheit zu erwarten.

Der belgische Finanzminister Francaux hatte in Paris eine zweitägige Unterredung mit Poincaré, um ein besseres Zusammenarbeiten bei der bevorstehenden Reform der Frankennährungen herbeizuführen.

Faschistenüberfall auf Südtirol.

Wie aus Innsbruck berichtet wird, haben die 800 Faschisten aus Mittelitalien die Südtiroler Stadt Sillian am Brenner überfallen. Die ganze Nacht hindurch verübten sie Unfug, zündeten in den Wirtschaften, ohne die Rede zu bezahnen, beschädigten die Einrichtungen und mißhandelten auf den Straßen die deutsche Bevölkerung.

Russisch-litauischer Garantievertrag gegen Polen.

Am letzten Dienstag ist in Moskau ein sowjetrussisch-litauischer Garantievertrag unterzeichnet worden, der zweifellos gegen Polen gerichtet ist. Der Vertrag gilt für fünf Jahre und enthält u. a. die beiderseitige Verpflichtung, von aggressiven Handlungen gegeneinander Abstand zu nehmen, sowie im Falle eines Angriffes gegen eine der vertragsschließenden Parteien dem angegriffenen Staat keinerlei militärische, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Unterstützung zu gewähren. Der litauische Ministerpräsident Sleznach Moskau war persönlich zur Unterzeichnung des Vertrages nach Moskau gekommen, von russischer Seite wurde die Unterzeichnung des Außenkommissars Tschichserin vollzogen. Bei der Unterzeichnung des Vertrages wurden Noten ausgetauscht, in denen die Sowjetregierung die litauische Unterstützung im polnischen West befindet, während die litauische Regierung erklärt, daß die von ihr dem Völkerverband gegenüber übernommenen Verpflichtungen durch den Vertrag nicht aufgehoben werden.

Hannover, 30. Septbr. Die Zahl der an Typhus erkrankten Personen, einschließlich der Typhuskranken, ist auf 1732 gestiegen, während die Zahl der Todesfälle auf 143 erhöht hat.

Tagung der Reichstagsfraktion der D. P. P. — Ridesheim, 30. Septbr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verammelte sich hier zu einer außerordentlich frucht besuchten Tagung.

Große Tornados-Verheerungen in Mexiko. — New York, 30. Septbr. Ein schoerer Wirbelsturm hat große Verheerungen in der mexikanischen Hafenstadt Vera Cruz angerichtet.

Frankenrettung ohne deutsche Hilfe. Es hat den Anschein, als ob der französische Ministerpräsident Poincare — im Nebenamt beauftragt der Vorkonferenz — sich alle Mühe gibt, einen Teil der Verhandlungen, auf die sein Außenminister Briand die Verständigung mit Deutschland aufbauen will, auf sich zu ziehen.

Reichsregierung und Germersheim.

Sowohl von deutschnationaler wie von kommunistischer Seite ist beabsichtigt, in der nächsten, für den 7. Oktober anberaumten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages an der den Besprechungen über den Grenzschutz auch den Zwischenfall Germersheim zur Sprache zu bringen.

Poincares Finanzpläne.

Frankenrettung ohne deutsche Hilfe. Es hat den Anschein, als ob der französische Ministerpräsident Poincare — im Nebenamt beauftragt der Vorkonferenz — sich alle Mühe gibt, einen Teil der Verhandlungen, auf die sein Außenminister Briand die Verständigung mit Deutschland aufbauen will, auf sich zu ziehen.

Wie der Welt Parisien in einem offenbar an sich beinhalten Artikel über die Finanzpläne Poincares mitteilt, wird die Kammer zu Ende Oktober zur Beratung des Schuldensablen mit Amerika einberufen werden.

Der Berliner Mitarbeiter des „Reit Parisien“ ergänzt diese Darlegungen dahin, daß gegenwärtig alle finanziellen Wege, auch über Berlin, nach New York führten.

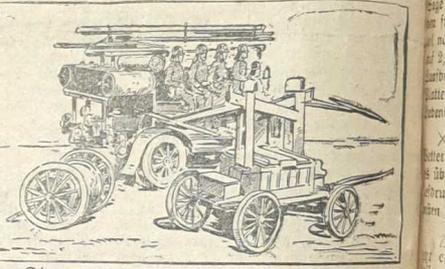
Schluszdienst.

Einer der Berliner Juwelendiebstahl verhaftet. — Breslau, 30. Septbr. Die hiesige Kriminalpolizei hat gestern einen der Berliner Juwelendiebstahl verhaftet.



Gehemrat Prof. Dr. Duisberg. Der Generaldirektor der F. G. Farbenindustrie und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Duisberg hat sich in mehr als vierzigjähriger Tätigkeit um die Förderung der deutschen und insbesondere der hiesigen Industrie große Verdienste erworben.

Die Entwicklung der Berliner Feuerweh.



Die ungemessene rasche Entwicklung der reichhaltigsten Feuerweh, die jetzt ihr 75jähriges Jubiläum begeht, wird recht deutlich durch obiges Bild gekennzeichnet.

Vor dem Abbruch des englischen Bergarbeiterstreiks. Das englische Unterhaus hat die Ausdrache über den Bergarbeiterstreik beibehalten und den Regierungsantrag auf Verlängerung des Ausnahmezustandes angenommen.

In Notwehr?

Germersheim in französischer Darstellung. Wie vorausgesehen war, wird vor französischer Seite versucht, die Schuld an dem blutigen Zwischenfall in Germersheim auf die Deutschen abzuwälzen.

Daß die französische Telegraphenagentur in ihrer Darstellung des Vorfalles versuchen würde, den Deutschen die Schuld zuzuschreiben, kann nicht überraschen.

Die Untersuchung des Zwischenfalls. Von deutscher Seite ist auch Oberstaatsanwalt König von Zweibrücken angekommen, während auf französischer Seite verschiedene höhere Offiziere tätig sind.

Die Schuld der Muthe Rathjen

Roman von Fred Nelius. Urheberrechtlich durch Oskar Meißler, Werdau. (33. Fortsetzung.) Am nächsten Morgen fragte Muthe: „Haben Sie die Nachtlitlampe ausgelöscht, Maria?“

Meer ward schwarz. Die lichten Wellenkämme verloren ihren Glanz. Männeraugen sahen oft auf Muthe. Ihre bleiche, blonde Schönheit fiel hier auf. Auch Herr Feldberg war in ihrem Bann.

Muthe sah es kaum oder sie achtete doch nicht darauf. Maria aber, die ihre Argwohnswägen zu allen Dingen schickte, sah das Grüßen und forschte nach dem Grund. „Ein Bekannter?“

